

Kurt Heinig

SCHWEDISCHE GEWERKSCHAFTSPROBLEME

Das kleine Schweden mit seinen sieben Millionen Einwohnern hat seit Kriegsende die weltwirtschaftliche Abhängigkeit hart zu spüren bekommen. Es hat zeitweise den größeren Teil seiner Devisenreserven, also seiner internationalen Kaufkraft, drangeben müssen, um lebensnotwendige Rohstoffzufuhren und andere Importe aufrechterhalten zu können. Es ist durch das abgewertete englische Pfund, wenn es das nicht schon vorher gewusst hätte, kräftig daran erinnert worden, wie sehr seine Vollbeschäftigung auch weltwirtschaftlich bedingt ist. Es musste seinen Außenhandel auf Europa und die Nicht-Dollarländer umleiten. Sein eigener Produktionsapparat ist in Umgestaltung. Im „Vatikan“, wie der Volksmund das große Gebäude am Norrabantorget in Stockholm nennt, in dem „Landsorganisationen“ sitzt, ist man aber auch darüber nie im Zweifel gewesen, dass die Vollbeschäftigung nicht nur weltwirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch bedingt ist.¹

Die schwedischen Gewerkschaften sind sich dessen bewusst, dass die Vollbeschäftigung nicht ein Geschenk des Himmels oder glücklicher Zufall ist. Das muss sich in der von ihnen geführten *Lohn- und Sozialpolitik* auswirken. In jahrelanger Vollbeschäftigung liegt die Gefahr einer gewissen taktischen Kurzsichtigkeit, die lediglich die günstige Chance für die Förderung eigener Interessen auszunutzen sucht. Beispiele dafür finden sich am deutlichsten wohl in englischen Gewerkschaftskreisen, die damit ihren verantwortlichen Leitungen schwere Aufgaben stellen. In Schweden ist es im allgemeinen nicht zu solchen innergewerkschaftlichen Spannungen gekommen, obwohl auch hier gelegentlich jene Tendenz, im besonderen von kommunistischer Seite, unterstützt wurde.

Wie ist nun die Situation?

Der Stundenlohn stieg in Schweden von 1945 zu 1946 auf Grund der tariflichen Abmachungen um 4 v. H., aber um weitere 3,4 v. H. infolge des so genannten Gleitens der Löhne, insgesamt also um 7,4 v. H. Von 1946 zu 1947 stieg der Stundenlohn (immer als Durchschnitt für das ganze Land) um 14,2 v. H.; davon entfielen 10 v. H. auf tarifliche Erhöhungen. Von 1947 zu 1948 betrug die Erhöhung 8,6 v. H. (durch die Tarife allein 4,4 v. H.). 1949 veränderte sich die Tendenz. Der Stundenlohn ist um 3,5 v. H. gestiegen, obwohl die Gewerkschaften in ihrer Jahresabrede damit einverstanden waren, dass keine allgemeinen Tarifierhöhungen vorgenommen werden sollten, abgesehen von den üblichen Anpassungen. Die Vollbeschäftigung, und damit der Arbeitermangel, im besonderen in der eigentlichen Industrie, machten die Unternehmer willig, übertarifliche Bezahlungen, günstigere Akkorde und sonstige betriebliche Vorteile zu gewähren. Das ist ihnen nicht allzu schwer gefallen, da die Arbeitsintensität zugenommen hat und das Produktionsresultat gewachsen ist. Sie sind aber nicht willig, jene Lohnsteigerungen tariflich anzuerkennen und damit zu binden. Sie ziehen unverbindliche und „bewegliche“, also jeder Zeit aufzusagende Lohnvergünstigungen vor.

Nun bedeutet steigender Geldlohn nicht alles, es kommt auf seine reale Kaufkraft an. Diese kann durch den Index der Lebenshaltungskosten gemessen

¹ Siehe „Med samlad Kraft mot samma Mål. Full Sysselsättning – rättvis Fördelning – ökad Produktion – fortsatt Reformarbete“. (Mit vereinter Kraft zum gleichen Ziel. Vollbeschäftigung – gerechte Verteilung – gesteigerte Produktion – weitere Reformarbeit.) Von der Zentrale der Gewerkschaften (Landsorganisationen) gemeinsamt mit der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben.

werden. Obwohl das auch in Schweden kein vollkommenes Messinstrument ist (hier ist es vor allem auf dem Familienverbrauch aufgebaut und berücksichtigt weniger den Ledigen), zeigt sich doch, dass die reale *Kaufkraft der Löhne* beachtlich gestiegen ist: Gegenüber 1945 für männliche Arbeiter um 25 v. H., für weibliche Arbeiter um 35 v. H., für kaufmännisches Personal um 20 v. H., für untere Staatsangestellte (Eisenbahner, Briefträger usw.) um 11 v. H., für höhere Beamte um 9 v. H. Das ist vor allem deswegen möglich geworden, weil in Schweden die Löhne an den Lebenshaltungsindex gebunden sind. In vierteljährlichen Intervallen verändern sich die Löhne bzw. deren Teuerungszuschlag, sobald sich der Index um mindestens fünf Punkte bewegt hat.

Die nächste „Sprungstufe“ des Index ist 169 (1935 == 100). Bis zum Januar 1950 war der Index schon bei 167, er ist am 1. April bei 168 angelangt. Wenn trotz der Abwertung des englischen Pfundes und auch der schwedischen Krone sowie der gewandelten Weltmarktverhältnisse die Veränderung nur gering war, so deshalb, weil die Regierung aus allgemeinen Staatseinnahmen durch Subventionen das Indexniveau festhält. Es ist dennoch möglich, daß das Index-„Dach“, also die Zahl 169, bereits am 1. Juli oder am 1. Oktober berührt wird. Die Rahmenabrede zwischen „Landsorganisationen“ und dem Arbeitgeberverband für 1950 sieht vor, daß dann, wenn das Index-„Dach“ berührt wird, automatisch an alle Arbeiter eine Zulage von zehn Oere je Stunde zu leisten ist. Es geht um 1,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen und um 300.000 Angestellte und Beamte. Die Zulage berücksichtigt nicht den individuellen Lohn, sodass die am schlechtesten Bezahlten prozentual die höchste Zulage erhalten würden.

Sicherlich zeigt jene Abrede eine beachtliche Biegsamkeit der schwedischen Lohnpolitik, Verantwortung für das Gesamtinteresse und soziale Zielsetzung. Es darf nicht übersehen werden, dass die schwedischen Arbeitgeber in den freiwilligen Zulagen einen Lohnpuffer geschaffen haben. Außerdem gehen infolge Indexsteigerung erhöhte Löhne in die Preiskalkulationen ein. Diese sind zwar überwacht, aber Veränderungen der Preise aus jenen Gründen werden im allgemeinen gebilligt. Zum dritten schafft die Intensivierung des Arbeitsprozesses und die allgemeine Produktionssteigerung ja auch eine tragfähige finanzielle Grundlage. Das von der Regierung ausgearbeitete langfristige Nachkriegsprogramm hat hinsichtlich der Produktionssteigerung das gesteckte Ziel schon nach zwei Jahren erreicht. Die Industrie produziert um 50 v. H. mehr Waren als vor dem Kriege, die gesamte Produktion ist 30 bis 40 v. H. höher als 1940. Der Export ist aber bis 1949 nur um 3 bis 4 v. H. gestiegen.

Die schwedischen Gewerkschaften fragen sich angesichts dieser Tatsachen, ob es nicht an der Zeit sei, auf die gewohnten Generalabreden zu verzichten und die Lohntarife wieder mehr den besonderen beruflichen Verhältnissen anzupassen. Die einfachere Lösung wäre, dass die einzelnen Gewerkschaften etwa Ende dieses Jahres für 1951 mit spezialisierten Forderungen hervortreten. Die Periode der zentralgesteuerten Lohnpolitik würde damit beendet sein. Zu beachten ist hier, dass in Schweden das Schlichtungswesen sich auf den unparteiischen Vermittler beschränkt. Die Entscheidung liegt bei den beiden Vertragspartnern, es gibt keinen bindenden Schiedsspruch. Auch die Regierung kann nur durch Verhandlungen auf die Partner des Arbeitsmarktes einwirken, wenn sie nicht den Weg der Gesetzgebung geht.

Bleibt es bei der Vollbeschäftigung, so zeigen sich deutlich noch andere Möglichkeiten des sozialen Ausgleichs. Im Jahre 1949 betrug die Arbeitslosigkeit nur 2,6 v. H., während in der Vorkriegszeit mit 9 bis 10 v. H. zu rechnen war. Im Sommer 1949 war die Arbeitslosigkeit nur 1,6 v. H., im Dezember 1939 ins-

gesamt 4,8 v. H. Die seit dem Kriegsende nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges vorausgesehene Übersättigung des Binnenmarktes bzw. aller Märkte, ebenso die erwartete Befriedigung des aufgestauten Bedarfes, also Krise und Arbeitslosigkeit, sind nicht eingetreten. Innerwirtschaftlich - also von dem einzelnen Lande her gesehen - hat der planwirtschaftliche und soziale Ausgleich, im besonderen auch in den Vereinigten Staaten mit ihrer weltwirtschaftlichen Schlüsselstellung, strukturverändernd gewirkt. Die industrielle Produktivität wächst weiter, mit ihr der Bedarf. Das sind wirtschaftliche Veränderungen, von niemand erwartet, nur von wenigen vorausgeahnt. In Schweden spiegelt sich das ebenfalls in struktureller Veränderung der Wirtschaft bzw. gesteigener Leistungsfähigkeit wider und basiert auf hoher Inlandskaufkraft, zugleich mit dem ausbalancierten Außenhandel. Aus der Vollbeschäftigung entstandene Schwierigkeiten, wie z. B. der überstarke Platzwechsel der Arbeiter, haben stark nachgelassen. Dazu bedurfte es allerdings intensiver Aufklärung, auch durch die Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern. So kommt man zu der Frage, was die schwedische Wirtschaft tragen kann, bzw. was aus dem vergrößerten Sozialprodukt den Massen berechtigterweise zukommen soll.

Hier steht vor allem die allgemeine Ausdehnung des bezahlten Urlaubs von zwei Wochen auf drei Wochen zur Diskussion.² Die Regierung ist dabei, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten; die beteiligten Partner haben schon Stellung genommen. „Landsorganisationen“ erklärte dazu in einer Antwort an die Arbeitgeber vom April 1950, dass die Möglichkeiten, auf eine zufriedener stellende Weise die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Dreiwochenferien vorzuschätzen, recht begrenzt seien. Wenn man sagt, wie es die Unternehmer getan haben, dass man nicht im Voraus schätzen könne, wie der erweiterte Urlaub hinsichtlich Kostensteigerung, Produktionsverringerung, Preisniveau und der sonstigen Produktionsfaktoren wirken werde, so sei zu antworten, dass die gesamtgesellschaftliche und soziale Auswirkung ein besserer Ausgangspunkt für eine solche Bewertung sei. Sollte die Reform - theoretisch gesehen - wirklich eine wesentliche negative Auswirkung hinsichtlich des allgemeinen Lebensstandards haben, so würden alle im Verhältnis zu ihrem Verbrauch die Kosten zu tragen haben. Man könne es dann nicht als unbillig ansehen, im Gegenteil als sozial berechtigt, dass jene besser gestellten Schichten, die bereits drei oder noch mehr Wochen bezahlten Jahresurlaub genießen, dann zu jenen Kosten vor allem beitragen. Die Unternehmer sähen die Frage nur unter betriebswirtschaftlichen, aber nicht unter allgemein-gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Zudem sei ihre Annahme, dass die allgemeine Produktivität durch die drei Wochen Urlaub sinken werde, eine fiktive Konstruktion. Die positiven Wirkungen erweiterten Urlaubs würden von den Unternehmern unterschätzt.

Die unterschiedlichen sozialen Vergünstigungen, wie sie heute noch vorhanden sind, verlangten im besonderen deswegen einen Ausgleich - und nicht nur aus selbstverständlichen gesundheitlichen Gründen -, weil die Beanspruchung der Arbeiter im Produktionsprozess sich ständig steigere, über die Frage, ob die drei Wochen alljährlich auf einmal oder vielleicht in zwei Teilen genommen werden sollen, könnten sich die Gewerkschaften noch nicht äußern, das verlange weitere detaillierte Untersuchung. Von dem Gesichtspunkt der Erholung aus sei es aber am besten, der Urlaub werde auf einmal genommen. Dazu sei der Sommer am besten geeignet, wenn der Urlaubnehmer nichts anderes wünsche.

„Landsorganisationen“ ist der Auffassung, dass das Gesetz über die Urlaubsverlängerung am 1. Juli 1951 in Kraft treten könne. Damit würden die Arbeiter

2 Siehe auch in diesem Heft: Otto Piehl, Volk und Ferien in Skandinavien.

1952 in den Genuss des erweiterten Urlaubs kommen. Niemand zweifelt heute mehr in Schweden daran, dass sich das Prinzip des verlängerten Urlaubs durchsetzen wird. Da 1950 ein so genanntes kleines Wahljahr sein wird (es werden Vertreter zur ersten Kammer gewählt), darf die politische Perspektive der Frage nicht übersehen werden.

Seit 16 Jahren trägt in Schweden die Sozialdemokratie (allein oder in Koalition - seit 1945 wieder allein) die Verantwortung nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sozialpolitik, sondern auch für die Staatsfinanzen, mit anderen Worten für die Steuern. Hier wird von der Opposition eingesetzt. Die Propaganda zielt aber nicht nur auf die Mittelschichten und deren Interessentrennung von den Arbeitern, es wird die allgemeine Unzufriedenheit über die Steuern genährt. Zugleich wird versucht, über einzelne Beamtenorganisationen und Berufsschichten, auch bei den Angestellten, in die gewerkschaftliche Einheitsfront einen liberalen Keil zu treiben. Dabei verweist man auf den engen Zusammenhang zwischen dem erreichten Lebensstandard und der Steuergesetzgebung sowie zwischen Vollbeschäftigung und Wirtschaftspolitik. Man arbeitet so gegen den sozialen Ausgleich, wobei man seine Hoffnung im besonderen auf die junge Generation setzt, die nicht wissen oder nicht sehen will, dass der jetzige Zustand das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes ist. Logisch gesehen ist jene Propaganda ein Widerspruch in sich, denn man kann nicht zugleich höhere Staatsausgaben und verminderte Staatseinnahmen verlangen, aber darauf kommt es der liberalen Opposition nicht an. Sie will an die Macht. Deswegen wird die kommende herbstliche Wahlpropaganda sich wesentlich um diese Fragen bewegen.

Auf gewerkschaftlicher Seite werden der kommende Dreiwochenurlaub und die freiere tarifliche Gestaltung der einzelnen Berufslöhne und -gehälter neben den grundsätzlichen Fragen der Vollbeschäftigung ihre Rolle spielen.